

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Erscheint
wöchentlich drei Mal und
zwar Dienstag, Donner-
stag und Sonnabend. In-
sertionspreis: die Kleinsp.
Zeile 10 Pf.

Abonnement
vierteljährl. 1 M. 20 Pf.
(incl. Bringerlohn) in der
Expedition, bei unsern Bo-
ten, sowie bei allen Reichs-
Postanstalten.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

32. Jahrgang.

Nr. 125.

Donnerstag, den 22. October

1885.

Im Monat **September** er. betrogen die im Hauptmarktorthe Zwickau für den Lieferungsverband der unterzeichneten königlichen Amtshauptmannschaft maßgebenden Durchschnittspreise für Fourageartikel

7 M. 50 Pf. für 50 No. Hafer,
3 = 50 = = 50 = Heu und
2 = 25 = = 50 = Stroh.

Anordnungsgemäß wird Solches zur öffentlichen Kenntniß gebracht.
Schwarzenberg, am 21. October 1885.

Königliche Amtshauptmannschaft.
Fehr. v. Wirking.

St.

Bekanntmachung.

Wegen vorzunehmender Reinigung der **Rathsexpeditious-, Stadt- und Sparlaffen-Localitäten** bleiben dieselben am **Sonnabend, den 24. October 1885** geschlossen und können an diesem Tag nur die dringl. Sachen Erledigung finden. Das Standesamt ist an diesem Tag in der Zeit von 9—11 Uhr Vorm. geöffnet.
Eibenstock, am 21. October 1885.

Der Stadtrath.
Völscher.

Die Wendung in der Balkanfrage.

Deutschland, Oesterreich und Rußland haben sich dahin geeinigt, daß in der Türkei Alles beim Alten bleiben soll. Die „Nordd. Allgem. Zeitung“ brachte dieser Tage einen offenbar inspirirten Artikel, der diese Wendung vermuthen ließ und die Nachrichten aus Konstantinopel haben den Auslassungen des genannten Blattes recht gegeben.

Fürst Alexander ist aus Philippopol, der Hauptstadt Ostrumeliens, nach Bulgarien zurückgekehrt; in Ostrumelien sollen nur wenige bulgarische Truppen verbleiben, das Hauptcorps wird an die serbische Grenze geschickt werden, welche in der That ernstlich bedroht erscheint. Serbien und Griechenland sind bedeutet worden, daß sie sich entschieden ruhig zu verhalten hätten. Die Großmächte, die mehr als 300 Millionen Bürger in ihren Grenzen zählen, wollen sich von den sechs Millionen Serben, Bulgaren, Albanesen und Griechen nicht in ihrer friedlichen Ruhe stören lassen. Zwischendurch spielen aber natürlich diplomatische Intriguen. So würde man es in Wien und von Seiten der Pforte nicht ungern sehen, wenn Serbien auf Kosten Bulgariens vergrößert würde. Bulgarien, das „angefangen hat“, soll geächtet werden.

Die Begeisterung der Ostrumelien für die Vereinigung mit Bulgarien scheint nur Strohhalm gewesen zu sein. Rundliche Thebaner behaupten, der rumelische Bauer scheere sich den Ruckel um Politik, ihm gehe die Sache nicht nahe. Ja, er befürchte, daß er durch die Vereinigung mit Bulgarien nur noch mehr mit Steuern belastet werde. Darum konnte die Meldung nicht Wunder nehmen, daß ein Theil der in den Uniformrock gesteckten Bauern die Waffen wegwarf und in die Heimath zurückgebracht zu werden verlangte.

Auch setzte ein Korrespondent der „Köln. Ztg.“ auseinander, daß die ganze rumelische Revolution nur das Werk weniger unzufriedener Politiker gewesen sei. Unter dem früheren Gouverneur kamen in Ostrumelien Konservative und Liberale ohne Unterschied zu Aemtern; unter Gavril Pascha dagegen verdrängten die Konservativen ihre liberalen Kollegen. Um sich dafür zu rächen, hätten die Letzteren die Intrigue angezettelt und durchgeführt.

England und Frankreich sind offenbar nicht mit ganzer Energie bei der Sache. In Frankreich haben sich die leitenden Kreise noch nicht von der Ueberzeugung, die ihnen der 4. October gebracht hat, erholen können und wenn auch die Sonntag stattgehabten Stichwahlen für die Republikaner günstig ausgefallen sind, so ist der erste Schreck immer noch nicht verwunden und wirkt lähmend auf die auswärtige Politik des Landes ein.

England hat gleichfalls ein Haar in den auswärtigen Händeln gefunden und das konservative Ministerium ist froh, mit heiler Haut aus den verschiedenen Affairen, die das Cabinet Gladstone ihm als Erbschaft hinterließ, davongelommen zu sein. Es will sich nicht von Neuem die Finger verbrennen.

Nun würde uns eigentlich wenig angehen, ob in Rumelien Gavril Pascha oder Fürst Alexander regiert. Wenn aber Europa zugiebt, daß irgend ein kleiner Balkanstaat aus eigener Machtvollkommenheit seine Grenzen verrückt, so wirkt dies schlimme Beispiel leicht ansteckend auf die kleinen Nachbarn und ein allgemeiner Krieg zwischen den Balkanvölkern ist

die unausbleibliche Folge. Thatsächlich rasseln denn auch schon alle die Kleinen mit den Waffen und die Großmächte werden Mühe haben, den Kampfesmuth zu zügeln.

Die Politik der drei Kaiserreiche befindet sich thatsächlich unter der Führung Deutschlands. Wiederholt aber hat sowohl der Kaiser wie auch Fürst Bismarck darauf hingewiesen, daß der Ausgangspunkt der deutschen Politik der Friede sei. Wie sich daher die Dinge auf der Balkanhalbinsel auch wenden mögen, so werden die Großmächte auf alle Fälle dafür Sorge tragen, daß aus der Balkanfrage keine kriegerischen Verwickelungen ergeben.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Während der seit einiger Zeit dem Anschein nach in's Stöcken gerathenen Vorbereitungen über eine neue Militärstrafprozessordnung ist wiederholt behauptet und bestritten worden, daß der Hauptgrund der Ergebnislosigkeit dieser Verhandlungen in dem Festhalten Bayerns an der dort bewährten Oeffentlichkeit des Verfahrens liege. Dies ist jetzt indirekt durch eine Erklärung in einem Ausschuss der bayerischen Abgeordnetenkammer bestätigt worden. Der Abg. Dr. Frankenburger konstatierte das Festhalten der bayerischen Volksvertretung an der Mündlichkeit und Oeffentlichkeit der bayerischen Strafprozessordnung und bat den Kriegsminister, sich hierüber zu äußern, worauf dieser bemerkte, er sei wie sein Herr Vorgänger für das Festhalten daran, obgleich Manches vielleicht noch zu wünschen laufe; aber jedenfalls halte er eine Aenderung für nachtheilig, denn es liege kein Beweis dafür vor, daß durch die Oeffentlichkeit des Verfahrens die Disziplin geschädigt worden sei.

— Von großem Interesse ist heute noch ein Gespräch Bismarcks mit dem Ungar Grafen Bethlen nach der Schlacht von Kinnigrath. Bismarck setzte auseinander, daß Preußen (Deutschland) und Oesterreich Verbündete werden müßten. „Ist es möglich?“ rief Bethlen erstaunt, „man sagt ja, Sie werden früher oder später Oesterreich in Deutschland einverleiben.“ — „Ich weiß,“ antwortete Bismarck ruhig, „daß man das sagt, aber kein Staatsmann kann das glauben; ich müßte reif für das Irrenhaus sein, um ein solches Unternehmen im Schilde zu führen. Mit dem Ausscheiden Oesterreichs aus dem deutschen Bund ist nur der erste Schritt zur Einigung Deutschlands vollbracht. Es werden Jahre vergehen, bis es Preußen als Vormacht gelingt, die Einheit Deutschlands selbst nur der äußeren Form nach zuwege zu bringen; es braucht aber ein halbes Jahrhundert dazu, bis diese Einheit auf so feste Grundlagen gestellt sein wird, welche nicht mehr umgestoßen werden können. Ich werde längst todt sein und meine Nachfolger werden noch immer vollauf zu thun haben, um die Grundlagen der Einheit Deutschlands zu befestigen. Nun mühet man uns den tollen Streich zu, daß wir uns durch die Annectirung Oesterreichs 14 Millionen Slaven, eine clericale, eine deutsch-oesterreichische Partei und eine ultramontane, mächtige Aristokratie auf den Hals laden wollen. Wir würden ja dadurch das Werk der Einigung selbst gefährden und dem Zweck, der uns zum Krieg gegen Oesterreich zwang, entgegenarbeiten. Eine solche Zumuthung ist geradezu lächerlich. Je mächtiger Ihre Monarchie wird, um so besser für uns, denn früher oder später muß zwischen der

Monarchie und Deutschland ein Schutz- und Trutzbündniß zu Stande kommen, das im Interesse beider Mächte liegt.“

— In der Angelegenheit der Bußtagsfeier scheint endlich eine entscheidende Wendung eintreten zu sollen. Der gegenwärtig versammelten preussischen Generalsynode ist ein Schreiben des Oberkirchenrathes zugegangen, welches die Einrichtung eines gemeinsamen nationalen Buß- und Betttages betrifft. In dem Schreiben ist bemerkt, daß die Schwierigkeiten, welche die Angelegenheit bisher gefunden habe, durch die Erklärungen der Kirchenregimenten von Nord- und Mitteldeutschland beseitigt seien und man nur auf das Vorgehen Preußens warte. Dieses werde erfolgen, sobald dem gemeinsamen Feiertage der staatliche Schutz zugesichert sein wird. Auch dieser Schutz sei in nächster Zeit zu erwarten. „Wir glauben hiernach die Hoffnung hegen zu dürfen, daß auch die letzten der Erreichung des Zieles bisher entgegenstehenden Hindernisse in nicht allzu ferner Zeit beseitigt sein werden,“ so schließt die Mittheilung des Oberkirchenrathes.

— Oesterreich. Die Montagsitzung des Wiener Abgeordnetenhauses, in welcher die Interpellation wegen der Erzeffe in Böhmen verhandelt wurde, nahm einen sehr stürmischen Verlauf. Der Abg. Knoch, ein Mann von der „scharferen Tonart“, griff den böhmischen Statthalter an, der nur die Tschechen beschütze; das Vertrauen in den Richterstand sei geschwunden, letzterer ein Werkzeug der Regierung geworden. (Ordnungsruf des Präsidenten.) Der Nationalbader sei bereits in die Arme gedrungen, die Geistlichkeit betrage sich herzlos gegen die deutsche Bevölkerung, der nichts übrig bleibe, als zum Protestantismus oder Aikatholizismus überzutreten. Ministerpräsident Taaffe erwiderte scharf und warf dem Redner vor, derselbe habe die Arme angegriffen. Die Linke unterbrach ihn lärmend und forderte ihn zur Zurücknahme dieser Beschuldigung auf. Der Abg. Plener nennt die Behauptung Taaffes eine unerhörte Unterstellung und unter Tumult wurde die Sitzung geschlossen.

— Frankreich. Die Stichwahlen vom Sonntag haben den Republikanern wieder zur Kammermehrheit verholfen. Es sind nur noch etwa 25 Monarchisten gewählt worden. In Paris kam kein monarchistischer Kandidat durch. Die neue Kammer wird sich zusammensetzen aus 200 Monarchisten, 232 Gambettisten und 152 Radikalen. Das Ministerium wird da immer einen schweren Stand haben, da Radikale und Monarchisten oft zusammenstimmen werden.

Sächsische Nachrichten.

— Dresden. Wohl kaum einen anderen Verein giebt es, der eine derartige culturhistorische Bedeutung hat, wie der deutsche Schulverein. Gilt es doch, deutsche Bildung, deutsche Cultur, das gesammte deutsche Geistesleben gegen die heranströmenden Wogen des Magyariemus und Czechenthums lebenskräftig zu erhalten. Eins der stärksten Contingente für den deutschen Schulverein liefert Sachsen. Der sächsische Landesverband des deutschen Schulvereins zählt etwa 6000 Mitglieder mehr als irgend ein anderer Verein in unserem engeren Vaterlande. Anfang November hält der Landesverband für Sachsen eine Sitzung in unserer Stadt ab. Den Hauptpunkt dürfte für die Tagesordnung der Antrag bilden, den Vorort des Verbandes von Dresden nach Chemnitz